

Regierungsratsbeschluss

vom 18. Dezember 2012

Nr. 2012/2562

KR.Nr. A 116/2012 (BJD)

Auftrag Doris Häfliger (Grüne, Zuchwil): Klimaneutrale Verwaltung analog Kanton Basel-Stadt (05.09.2012)
Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Die Regierung wird beauftragt, auch für den Kanton Solothurn ein Programm für eine klimaneutrale Verwaltung nach dem Vorbild des Kantons Basel-Stadt auszuarbeiten.

2. Begründung

Der Kanton Basel-Stadt hat unter dem Titel "klimaneutrale Verwaltung" ein Programm gestartet, welches hohe Vorgaben für die Sanierung des Gebäudebestandes und für Neubauten macht. Unter anderem wurden vom Regierungsrat verbindliche Standards festgelegt, welche deutlich über den gesetzlichen Vorgaben und auch über den Vorgaben der Energiestädte liegen. So wird für Neubauten der Standard Minergie-P oder ein vergleichbar guter Standard verlangt. Bei Sanierungen muss Minergie erreicht werden, wobei bei der Gebäudehülle der Heizwärmebedarf von Neubauten erreicht werden muss. Weiter müssen die Anforderungen der SIA 382/2 und 380/4 eingehalten werden. Bei Lüftungsanlagen, Pumpen und Elektromotoren werden effiziente Geräte vorgeschrieben.

Durch diese verbindlichen Standards erhielt das Thema Energieeffizienz vor allem in Architekturwettbewerben und bei grossen Projekten, auch im Kanton Solothurn, ein zusätzliches Gewicht.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Energiestandards bei Verwaltungsbauten

Im aktuellen Energiegesetz des Kantons Basel-Stadt sind keine speziellen Anforderungen für Gebäude der kantonalen Verwaltung definiert. In der Folge hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt 2008 ein Programm mit dem Schlagwort „Klimaneutrale Verwaltung“ gestartet. Zusätzlich wurde im Kanton Basel-Stadt auf Verordnungsebene die Standards für kantonseigene Bauten bei Neubauten, Sanierungen und in der Haustechnik verschärft. Für das Programm wurde für die Jahre 2008 bis 2015 ein Rahmenkredit von 33,5 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung genehmigt. Mit den Investitionen sollen insbesondere der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen von kantonseigenen Gebäuden reduziert werden. Gemäss einem Zwischenbericht von Ende 2011 wurden bei Massnahmen für rund 5,4 Mio. Franken eine Einsparung von rund 4'400 t CO₂ über eine Lebensdauer von 30 Jahren erzielt.

Im Kanton Solothurn ist bereits seit 2005 ein verschärfter Energieverbrauch für kantonseigene Gebäude festgelegt. Z.B. bei Neubauten ist der Minergie-Standard anzustreben, soweit dies technisch und betrieblich sinnvoll und der Aufwand verhältnismässig ist (Energiegesetz

§ 15^{bis} Abs. 1; BGS 941.21). Der Kanton Solothurn pflegt eine fortschrittliche Energiepolitik und geht als Bauherr und Benutzer von Liegenschaften hinsichtlich Energieeffizienz und CO₂-Ausstoss mit gutem Beispiel voran. Das Hochbauamt ist für die kantonalen Liegenschaften verantwortlich und strebt gemäss seinem Energieleitbild sowohl für Neubauten als auch für Umbauten, Sanierungen und Instandhaltungen einen möglichst niedrigen Energieverbrauch an. Dabei werden gegenüber der Gesetzgebung verschärfte Werte angestrebt. Das Energieleitbild und die kantonale Strategie sehen vor, den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss kontinuierlich zu reduzieren und Alternativenenergien zu fördern.

Allein durch den Fernwärmeanschluss kantonalen Gebäude auf dem Stadtgebiet von Solothurn werden bis Ende 2013 pro Jahr 4'800 t CO₂ reduziert.

Die Finanzierung der verschärfen Vorgaben und die Massnahmen zur direkten Reduktion des CO₂ erfolgen im Kanton Solothurn projektbezogen und über den jeweiligen Verpflichtungskredit.

3.2 Neubauten

Im Kanton Basel-Stadt sollen Neubauten grundsätzlich in Minergie-P, Passivhaus oder einem gleichwertigen Standard gebaut werden. Diese Anforderungen umfassen die Gebäudehülle und die Haustechnik, wobei dem Elektrizitätsbedarf für Lüftung, Kühlung und Beleuchtung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Grundsätzlich müssen bei Neubauten auch die bauökologischen Anforderungen von Minergie-Eco berücksichtigt werden. Realisierte Beispiele von entsprechenden Verwaltungsbauten sind in Basel-Stadt noch nicht vorhanden.

Im Kanton Solothurn gibt das Hochbauamt für sämtliche Neubauten des Kantons den Minergie-Standard als verbindlich vor. Darüber hinaus wird eine weitere Verringerung des Energieverbrauchs in Richtung Minergie-P angestrebt, falls dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Bei der Materialwahl wird die in den Bauteilen enthaltene „Graue Energie“ berücksichtigt und das Eco-Label angestrebt. Bereits mit diesen verschärfen Vorgaben ausgeführt oder geplant wurden folgende Projekte:

- 2012 Fertigstellung Behandlungstrakt B Spital Olten in Minergie-Standard zertifiziert. Grundwasser-Wärmepumpe, Photovoltaikanlage auf dem Parkhaus.
- 2013 Fertigstellung Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Olten in Minergie-P-Eco zertifiziert. Grundwasser-Wärmepumpe, Photovoltaikanlage.
- 2014 Fertigstellung Justizvollzugsanstalt (JVA) Flumenthal in Minergie-Standard zertifiziert. Grundwasser-Wärmepumpe, Photovoltaikanlage.
- Ab 2014 Neubau Kaufmännische Berufsfachschule Solothurn in Minergie-P-Eco (Zertifikat angestrebt) Fernwärme, Photovoltaikanlage.
- Ab 2015 Neubau Bürgerspital Solothurn in Minergie-P-Eco (Zertifikat angestrebt) Fernwärme, Photovoltaikanlage.

3.3 Umbauten/Sanierungen

Im Kanton Basel-Stadt müssen bei einer umfassenden Sanierung von bestehenden Gebäuden der Grenzwert für Minergie-Modernisierungen erreicht und als Primäranforderung für die Gebäudehülle die Grenzwerte der kantonalen Vorschriften für Neubauten erfüllt sein. Auf eine Komfortlüftung kann verzichtet werden. Werden nur einzelne Bauteile ersetzt oder saniert, gelten die Grenzwerte für Neubauten der kantonalen Vorschriften.

Sind in den Gebäuden Lüftungs- und Klimaanlage installiert, müssen auch die baulichen Anforderungen der Norm SIA 382/1 (Luftdurchlässigkeit Gebäudehülle, Sonnenschutz, Wärmespeicherfähigkeit) eingehalten werden. Grundsätzlich sollen hohe Anforderungen an die Energieeffizienz der Haustechnikanlagen, die Beleuchtung und alle anderen elektrisch betriebenen Geräte gestellt werden.

Im Kanton Solothurn haben Sanierungen mit Energiesparpotential erste Priorität, da hier die Energieverbräuche teilweise massiv reduziert werden können. Das belegen die Verbrauchsdaten, welche das Hochbauamt systematisch erfasst und auswertet.

Das kantonale Energiegesetz (§ 15^{bis} Abs. 2) gibt vor, bei Umbauten oder Sanierungen gleichzeitig eine energetische Sanierung anzustreben, soweit dies technisch und betrieblich sinnvoll und der Aufwand verhältnismässig ist. Das Energieleitbild des Hochbauamtes geht weiter und definiert, dass bei Umbauten / Sanierungen der kantonalen Gebäude für alle zu sanierenden Gebäudeteile die Anforderungen der entsprechenden Minergie-Module gelten.

Bauliche Anpassungen an Lüftungs- und Klimaanlage werden wie im Kanton Basel-Stadt nach den Vorgaben der Norm SIA 382/1 und in Absprache mit der Energiefachstelle des Kantons Solothurn ausgeführt. Im Bürobereich der Verwaltungsbauten werden seit 2004 die Deckenleuchten durch Stehleuchten, welche dem in der Schweiz gültigen „Minergie-Modul“ Label entsprechen, ersetzt und gleichzeitig die Zielwerte der Norm SIA 380/4 (Elektrische Energie im Hochbau) erfüllt. Mit dieser neuen Generation von Beleuchtungskörpern gelingt es sowohl Energie einzusparen, gesundheitliche Bedürfnisse zu berücksichtigen sowie wirtschaftliche Aspekte umzusetzen.

Bereits mit diesen verschärften Vorgaben ausgeführt oder geplant wurden folgende Umbau- und Sanierungsprojekte:

- 2006 - 2008 Umbau und Sanierung landwirtschaftliches Schulungsgebäude Wallierhof nach Minergie-Standard (zertifiziert).
- Ab 2013 Sanierung Kantonsschule Olten nach Minergie-Eco (Zertifizierung angestrebt).

3.4 Energieeffizienz in Architekturwettbewerben

Die Energiefachstelle des Kantons Basel-Stadt wird beim Ausarbeiten von Wettbewerben und bei der Definition der Projekte beigezogen und kann in dieser Phase Einfluss auf die Ausschreibung nehmen. Die Wettbewerbsbeiträge werden von Mitarbeitenden der Energiefachstelle auf ihre ökologische Nachhaltigkeit und Energieeffizienz geprüft und komplexe Projektvorhaben laufend begleitet.

Das Hochbauamt des Kantons Solothurn beurteilt bereits seit 2005 in der Phase der Wettbewerbsprojekte deren Voraussetzungen für nachhaltiges Bauen. Unter Beizug von externen Fachplanern und -experten werden die Projekte hinsichtlich diversen Nachhaltigkeitskriterien (hohe Energieeffizienz, Ökologie, Innenraumklima und Lebensdauer) und ihren kostenrelevanten Auswirkungen (Investitions-, Betriebs- und Unterhaltskosten) geprüft und bewertet. Grosse Projektvorhaben werden laufend begleitet.

Bereits mit diesen Vorgaben der Nachhaltigkeitskriterien wurden folgende Wettbewerbe beurteilt und durchgeführt:

- 2006 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Olten: Offener Projektwettbewerb.
- 2006/2007 Justizvollzugsanstalt (JVA) Flumenthal: Offener Planungswettbewerb mit nachfolgendem Studienauftrag.
- 2007 Bürgerspital Solothurn (BSS): Offener Planungswettbewerb mit nachfolgendem Studienauftrag.
- 2009 Kaufmännische Berufsschule Solothurn: Offener Projektwettbewerb.

3.5 Fazit

Der Kanton Solothurn befindet sich mit seiner fortschrittlichen Energiepolitik bereits auf dem richtigen Weg zu einer „klimaneutralen Verwaltung“. Die Unterschiede zum Programm des Kantons Basel-Stadt sind gering bzw. in der erfolgreichen Realisierung von Energieeffizienten Bauten (z.B. FHNW Olten, 1. Minergie-P-Eco zertifizierte Fachhochschule der Schweiz) und im Bereich des CO₂-Ausstosses ist der Kanton Solothurn sogar fortgeschrittener. Eine losgelöste Finanzierung von Massnahmen für die Erreichung von Energiestandards sehen wir vor allem bei Grossprojekten und umfassenden Sanierungen als nicht zweckmässig. Ebenso erachten wir eine Verschärfung der heute bereits gelebten und sich zukünftig wandelnden Vorgaben zur klimaneutralen Verwaltung als unnötig. In unseren Zielsetzungen streben wir die künftige Selbstverständlichkeit von klimaneutralen Bauten der kantonalen Verwaltung an.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement

Bau- und Justizdepartement (br)

Hochbauamt (bm/cs) (4)

Amt für Umwelt

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Wirtschaft und Arbeit, Energiefachstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Aktuarin UMBAWIKO (ste)

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat